Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

42 (19.2.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 42. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 19. Februar **1892.**

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 18. Febr.

31. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertische: Finanzminister Ellstätter, Ministerialdirektor Seubert u. A.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Unter den neuen Eingängen befindet sich eine Nachtragsforderung, betreffend die Herstellung eines zweiten Geleises zwischen Mannheim und Schwetzingen, 69,000 M.

Finanzminister Ellstätter legt einen Gesetzentwurf vor, die Steuererhebung für die Monate März, April und Mai betreffend. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus setzt die gestern abgebrochene Debatte über den außerordentlichen Etat der Domänenverwaltung fort.

Für den Ausbau des östlichen Flügels der Kunsthalle in Karlsruhe und Einrichtung einer Niederdruckdampfheizung werden 384,420 M. und für Verlegung des Hofzahlamts 48,000 M. gefordert. In der Begründung zu dieser Forderung wird ausgeführt, die Kunsthalle sei mit Kunstwerken so angefüllt, daß es an Raum für Unterbringung weiterer Erwerbungen fehle. Es soll deßhalb eine Vergrößerung durch Anbau eines östlichen Flügels an die Kunsthalle hergestellt werden, der aber nur dann in entsprechender Weise durchgeführt werden kann, wenn das Gebäude des Hofzahlamts niedergelegt werde. Zur Beschaffung neuer Diensträume für dieses Amt und für Dienstwohnungen wird ein zum Grundstocksvermögen der großh. Zivilliste gehörendes Gebäude umgebaut. Die Budgetkommission hat die Nothwendigkeit der Erweiterung der Kunsthalle anerkannt, und ebenso die Anlage einer Heizung derselben, um dem Publikum auch in den Wintermonaten die Besichtigung der Kunstsammlungen zu ermöglichen.

Das Haus genehmigt beide Forderungen ohne Verhandlung.

Für das Heidelberger Schloß werden 250,000 Mark verlangt, nämlich für Bauaufwand zu gründlichen Entwässerungsarbeiten 223,000 M. und für Umgestaltung des Schloßhofes 2c. 27,000 M.

Abg. Wilkens gibt einen Rückblick auf die Verhandlungen über die Restaurirung der Heidelberger Schloßruine. Die zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Kommission habe es als eine Ehrenpflicht des badischen Staates erachtet, dieses herrliche Baudenkmal der Nachwelt zu erhalten. Mit der im Etat eingestellten Summe könne indeß nur ein kleiner Theil der dringendste dieser Aufgabe, erfüllt werden. Es komme nun vor Allem darauf an, wie weit in Bezug auf die Erhaltung des Schlosses gegangen werden solle. Dem Gedanken einer vollständigen Wiederherstellung dieses gewaltigen Bauwerks könne er sich nicht anschließen, und die Kommission habe die Frage gleichfalls im verneinenden Sinne beantwortet. Der Hauptreiz des Schlosses liege gerade in seiner Ruine und dem poetischen Zauber, der sie umgibt. Eine völlige Wiederherstellung des Schlosses würde auch etwa 30 Millionen Mark erfordern und zudem sei die Frage, ob unserer heutigen Baukunst die Kraft zu einem derartigen Aufbau innewohne. Er schließe sich der Sachverständigenkommission an, die den Vorschlag macht, Alles zu thun, was möglich ist, um die Ruine in ihrem jetzigen Zustand dauernd zu erhalten. Dafür dürfte aber noch etwa ½ Million Mark erforderlich werden. Redner ersucht die Regierung um eine Aeußerung, was sie zu thun gedenke, um eine grundsätzliche Lösung der Frage über die Erhaltung der Schloßruine herbeizuführen. Man dürfe bei deren Regelung sich der Theilnahme der badischen Bevölkerung und der ganzen gebildeten Welt versichert halten.

Abg. Rüdt: Er stehe dieser Angelegenheit, obgleich es sich hier um ein Schloß handle, sympathisch gegenüber, und wünsche, daß die nöthigen Summen für die Erhaltung der Schloßruine bewilligt werden. Ueberhaupt hoffe er, daß die Regierung Alles thun werde, was zum Schutze und zur Erhaltung dieses großartigen Bauwerks nöthig sei.

Finanzminister Ellstätter: Die Regierung und das Domänenärar stehe bezüglich der Frage der Erhaltung des Heidelberger Schlosses vor einer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe. Es müsse Alles gethan werden, was Menschen thun können, um dieses herrliche Bauwerk der Mit- und Nachwelt zu erhalten; im Bewußtsein dieser schweren Aufgabe seien die gutachtlichen Aeußerungen der Sachverständigen eingeholt worden. Als erste Anforderung ist deßhalb im außerordentlichen Budget des Domänenärars die Summe von 250,000 Mark erschienen für Arbeiten, die durchaus dringend und nothwendig sind. Was weiter zu geschehen habe, könne die Regierung zur Zeit nicht sagen, sie müsse sich eine ernstliche Prüfung der Vorschläge der Sachverständigenkommission vorbehalten. Die Anfrage des Abg. Wilkens, ob die Regierung noch weitere Anforderungen als die gegenwärtige, für die Erhaltung der Schloßruine erheben werde, beantworte er mit ja, aber wie weit darin gegangen werden solle, und welcher Art die Forderungen sein würden, könne er noch nicht sagen. Er wolle nur betonen, daß die Regierung ein warmes Interesse für die Angelegenheit hege und daß bezüglich der Erhaltung dieses herrlichen Besitzes, an welcher das ganze Land den lebhaftesten Antheil nehme, Alles geschehen werde, was möglich sei.

Abg. Bassermann betont, daß er den Vorschlägen bezüglich des Heidelberger Schlosses sehr sympathisch gegenüberstehe. Er wolle aber die Aufmerksamkeit auf ein anderes Bauwerk richten, das gleichfalls dringend der Aufbesserung bedürfe, das Schloß in Mannheim, das sich in einem sehr schlechten baulichen Zustande befinde.

Ministerialdirektor Seubert erwidert, daß die Frage der Erhaltung des Mannheimer Schlosses gegenwärtig der Prüfung der Regierung unterliege. Dieselbe werde nicht versäumen, dem Bau ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und die nothwendigen Anforderungen dafür in Vorschlag zu bringen.

Die Summe von 250,000 M. für das Heidelberger Schloß wird darauf bewilligt.

Für den Neubau eines Wirthschaftsgebäudes beim Jagdhaus Baden werden 83,000 M., für Holzabfuhrwege 184,500 M. bewilligt. Ferner für die Beschaffung eines neuen Dienstgebäudes für die Bezirksforstei Ueberlingen 29,000 M., für die Bezirksforstei Emmendingen 29,200 M., für Erwerbung eines Dienstgebäudes in der Bezirksforstei Zell a. H. 32,000 M., für ein Dienstgebäude in der Bezirksforstei Villingen 31,500 M., für ein Dienstgebäude in der Bezirksforstei Forbach II. 55,600 M.

Schließlich werden die Ausgaben des ordentlichen Etats mit insgesammt 9,601,142 M., und die des außerordentlichen Etats mit 1,798,020 M., also die Gesammtsumme der Ausgaben für beide Jahre mit 11,399,162 M. bewilligt.

Der ordentliche Etat der Einnahmen beträgt aus eigenthümlichen Liegenschaften: an Gebäuden jährlich 87,840 M., an Erträgnissen aus landwirthschaftlichen Grundstücken 1,678,024 M. (gegen früher 1,757,623 M.), Erlös aus Holz 4,615,497 M. für jedes der beiden Jahre. Es ist dies einer der hervorragenden Einnahmeposten des Domänenbudgets und einer der wichtigsten des ganzen Staatsbudgets; er ist gegen die Vorjahre wieder um 560,450 M. höher angesetzt. Für Ertrag der Murgschifferschaftsrechte sind jährlich 109,752 M., für Einnahme aus Forstnebennutzungen 238,514 M. jährlich angesetzt.

Abg. Nopp knüpft an diese Positionen an und beklagt das mangelnde Entgegenkommen der Verwaltung bezüglich der Abgabe von Laubstreu. Die Torfstreu könne die Laubstreu nicht ersetzen. Wenn den Beamten, den Lehrern, den Rebbauern u. s. f. aus dem Füllhorn unserer Mittel Aufbesserungen verschafft würden, so sollte man auch dahin streben, den kleinen landwirthschaftlichen Betrieben entgegen zu kommen, für welche die Laubstreubezüge eine Lebensfrage bilden.

Abg. Greif schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und hebt gleichfalls das Bedürfniß der kleinen Landwirthe nach größerer Abgabe von Laubstreu hervor. Die Regierung sollte besonders den Sandorten in der Pfalz in dieser Beziehung entgegenkommen.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. v. Stockhorner und Weber legt

der Regierungskommissär dar, daß sich die Abgabe von Laubstreu in den letzten 10 Jahren verdoppelt habe. Im untern Rheinland seien 1889 allein 84,000 Raummeter Laubstreu abgegeben worden, noch weiter in der Abgabe desselben zu gehen, sei kaum möglich.

Die Gesammteinnahme aus eigenthümlichen Liegenschaften ist jährlich mit 7,166,279 M. angesetzt. Das Haus genehmigt diese Summe.

Aus Lehen und Berechtigungen wird eine Einnahme von jährlich 29,775 M., für Zinsen aus Grundstockskapitalien 2c. jährlich 506,220 M. erwartet.

Bei Titel 4, verschiedene Einnahmen, für 1892 90,647 M., für 1893 90,927 M., sind die Einnahmen des Heidelberger Schlosses mit 32,164 M. angesetzt.

Abg. Wilckens bemerkt, daß sich die Heidelberger Schloßrestauration in einem völlig ungenügenden Zustande befinde. Es seien nur sehr unzureichende Räumlichkeiten dafür vorhanden, was namentlich bei dem großen Fremdenverkehr im Sommer als Uebelstand schwer empfunden würde. Ein weiterer Ausbau der Restaurationsräumlichkeiten sei dringend nothwendig.

Abg. Strübe schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Ministerialdirektor Seubert bemerkt, daß dem Finanzministerium auf amtlichem Wege bisher nichts über diesen Uebelstand bekannt geworden sei. Er wisse aber, daß bei der Domänendirektion Verhandlungen über die Regelung dieser Frage gepflogen würden, und die Regierung werde bereit sein, zu einer befriedigenden Lösung der Angelegenheit beizutragen.

Der ordentliche Etat der Einnahmen wird darauf mit 7,792,921 M. für 1892 und mit 7,793,201 M. für 1893 genehmigt.

Die Einnahmen des außerordentlichen Etats betragen 1,798,020 M. und werden mit den Einnahmen des ordentlichen Etats für beide Jahre, 15,586,122 M., also insgesammt 17,384,142 M., angenommen.

Bei Titel 10, Schuldentilgung, bespricht Abg. Hug die Verhältnisse der Eisenbahnschuldentilgungskasse.

Abg. Fieser kommt gleichfalls darauf zu sprechen und betont seine Freude darüber, daß die Mehreinstellung eines Staatszuschusses von einer Million Mark von keiner Seite mehr beanstandet werde. Ferner beklagt Redner, daß der Bau der Bregthalbahn in letzter Zeit eine ungemeine Verzögerung erfahren habe. Für die Fortsetzung der Bahn von Hüfingen nach Furtwangen sei bisher sehr wenig geschehen. Wenn die Bahn bis zum 31. Dezember 1892 fertig werden solle, so sei es höchste Zeit, den Bau energischer in Angriff zu nehmen.

Ministerialdirektor Seubert erwidert, daß gestern von dem Unternehmer der Bahn die Mittheilung eingelaufen sei, die Gesellschaft sei entschlossen, den ganzen Bahnbau mit möglichster Energie zu betreiben. Die Strecke bis Wolterdingen soll noch im Sommer dieses Jahres fertig gestellt und in Betrieb genommen werden. Auch die obere Strecke von Wolterdingen solle möglichst gefördert werden, es sei jedoch nicht möglich, auch diese noch im laufenden Jahre fertigzustellen. Die Gesellschaft werde deßhalb die Verlängerung der Konzession bis zum nächsten Jahre nachsuchen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Muser und Friderich fragt

Abg. Pfefferle an, wie weit das Projekt des Baues der Kaiserstuhlbahn gediehen sei. Die Angelegenheit schwebe seit zwei Jahren und da möglicherweise in letzter Zeit die ganze Bauausführung wieder in Frage gestellt sei, so habe sich der Bevölkerung des Kaiserstuhles eine große Beunruhigung ermächtigt. Er hoffe, daß die Regierung Alles thun werde, die Inangriffnahme des Bahnbaues möglichst zu beschleunigen.

Ministerialdirektor Seubert sagt zu, daß die Pläne der Kaiserstuhlbahn, sobald sie Seitens des Unternehmers eingereicht würden, einer sofortigen Prüfung unterzogen werden sollen. Es sei aber auch ein förmliches Konzessionsgesuch noch nicht eingegangen. Die Regierung werde das Projekt der Kaiserstuhlbahn nach Möglichkeit unterstützen.

Abg. Gerber beklagt die zu rasche Schuldentilgung. Das sei eine veraltete Sache und es werde vielen kleinen Leuten dadurch die Möglichkeit zur sicheren Anlage kleiner Kapitalien entzogen.

Abg. Fieser meint, es sei werthvoll, die eben gehörten Anschauungen des Vorredners festzunageln. Bezüglich der Bregthalbahn habe die Regierung den Unternehmern gegenüber Machtmittel in Händen, z. B. Nichtverlängerung der Konzession, Verfall der Kaution 2c.

Ministerialdirektor Seubert und später

Finanzminister Ellstätter erklären, daß man mit der Anwendung von Machtmitteln vorsichtig umgehen müsse. Man möge sich doch zunächst mit der Versicherung der Gesellschaft beruhigen, daß sie Alles aufbieten werde, den Bau nach Möglichkeit zu fördern. Die Fertigstellung des Bahnbaues im nächsten Jahre sei doch besser, als gar keine.

Das Haus genehmigt darauf die Dotation der Schuldentilgungskasse, die Verwaltungskosten 2c., ebenso die Schuldentilgung, für 1892 1,416,599 Mark, für 1893 1,096,600 M.

Die Einnahme der Aktivzinse für jedes Jahr 1,781,420 Mark und der Voranschlag der Amortisationskasse, für 1892 2,101,289 M. und für 1893 1,781,570 M. werden gleichfalls genehmigt.

Als Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse hat die Regierung bei dem günstigen Stand der Finanzlage als Staatszuschuß statt der bisherigen 2,750,000 M. für die Budgetjahre 1892/93 je 3,750,000 M., also für jedes Jahr eine Million Mark mehr, beantragt. Die Kommission begrüßt diese Mehreinstellung mit Freude und empfiehlt die Annahme dieser Summe, was geschieht.

Bei Titel 11, Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben werden als lebenslängliche Ruhegehalte der etatsmäßigen Beamten durchschnittlich jährlich 1,619,375 M. (gegen früher 59,075 M. mehr) für Ruhegehalte der Volksschullehrer für 1892 156,051 M., für 1893 250,923 M. verlangt. Die widerruflichen Ruhegehalte der etatsmäßigen Beamten sind von 64,500 M. auf 32,600 M. für 1892 und 33,800 M. für 1893 zurückgegangen. Als Zuschuß zur Wittwenkasse sind jährlich 905,000 M. und als solcher für die Volksschullehrer 129,100 M. für 1892, 193,664 M. für 1893 neu eingestellt. Der Budgetsatz für Wittwen- und Waisenbezüge beträgt 1,761,400 M. für 1892, 1,821,400 M. für 1893. Die Gesammtausgaben des Titels 11 endlich betragen 3,037,998 M. für 1892 und 3,263,090 M. für 1893, also für beide Jahre 6,301,088 M. und werden, wie alle vorbezeichneten Summen, nach den Vorschlägen des Berichterstatters, Abg. Kriechle, ohne Verhandlung genehmigt.

Es folgt die Berathung des Titels 6 der Steuerverwaltung.

Berichterstatter Abg. Hug gibt eine Uebersicht über die Berathungen der Kommission, woran sich eine längere Verhandlung über allgemeine Steuerfragen knüpft, auf die wir noch näher zurückkommen.

Die weitere Berathung wurde schließlich auf morgen vertagt.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 17. Febr.

174. Plenarsitzung. 1 Uhr.

Die Einnahmen beim Etat der Justizverwaltung werden angenommen.

Die Verweisung der zu diesem Etat vom Abg. v. Bar (dentschfr.) beantragten Resolution auf reichsgesetzliche Regelung des Auslieferungswesens an eine besondere Kommission wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung über die Resolution selbst wird Auszählung nöthig, welche die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergibt.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Nachmittags 2 Uhr an.

175. Plenarsitzung. 2 Uhr.

Die gestern abgebrochene Berathung der zum Militäretat und besonders dem Kapitel Militär-Justizverwaltung beantragten Resolutionen, betr. Verhütung von Soldatenmißhandlungen und Abänderung des Militärstrafprozeßverfahrens wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Ihm sei von vornherein klar gewesen, daß die Sozialdemokraten den Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen für ihre Zwecke fruktifiziren würden; er habe sich auch darüber nicht gewundert, daß Abg. Haußmann den Sozialdemokraten darin sekundirte. Daß Herr Haußmann die schmutzige Wäsche seines engeren Vaterlandes hier zu waschen suchte, sei Geschmacksache. Die Sozialdemokraten sollten sich doch um die Mißhandlungen kümmern, die sie denjenigen Arbeitern, die sich an Streiks nicht betheiligen wollen, zu Theil werden lassen. Die Sozialdemokraten hätten es sich zur Aufgabe gemacht, Mißtrauen zwischen die Mannschaften und Offiziere zu säen, um so Fuß in dem Heere fassen zu können; sie würden aber damit kein Glück haben. In der Entrüstung über die vorgekommenen Fälle von Mißhandlungen seien alle Mitglieder des Hauses einig. Es sei bedauerlich, daß man sich in der Kommission nicht über eine Resolution habe einigen können, der alle Mitglieder des Hauses zustimmen könnten. Die Forderungen der Resolution Buhl seien undurchführbar. Mit der Beschwerdepflicht würde man die Lage des Soldaten nur verschlimmern. In Bayern sei die Behandlung der Mannschaften keine andere, als in Preußen und die Bestrafung von Soldatenmißhandlungen milder als in Norddeutschland. Für den Antrag Gagern könne er nicht stimmen; durch denselben würden zwei verschiedene Militärstrafprozeßordnungen für das deutsche Heer geschaffen. Abg. Richter schreibe die Militärmißhandlungen auf das Konto der Unteroffizierschulen; nur 16 Proz. aller Unteroffiziere entstammten den Unteroffizierschulen und von den wegen Mißhandlungen bestraften Unteroffizieren kämen nur 7 Prozent auf die aus diesen Schulen hervorgegangenen Unteroffiziere. Die von Bebel empfohlene militärische Jugenderziehung sei ja in Frankreich versucht, aber als nutzlose Spielerei erkannt worden. Er bedauere, daß durch den Antrag Richter im Auslande der Gedanke erweckt werde, als ob bei uns ein Duellunwesen herrsche; eher könnte man von einem parlamentarischen Duellunwesen sprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.): Ein verschiedenes militärgerichtliches Verfahren bestehe bereits heute in Deutschland, würde also durch den Antrag Gagern nicht erst geschaffen werden. Der Reichskanzler habe sich zu Gunsten der Nichtöffentlichkeit des Verfahrens auf den bayerischen Kriegsminister v. Safferling berufen; aber dieser habe ausdrücklich erklärt, daß Seitens Bayerns bei der Berathung der neuen Militärstrafprozeßordnung die Prinzipien der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in wirksamer Weise gewahrt werden würden. Daß es sich bei dem Antrage Buhl-Richter um einen Ausfluß der Parteitaktik handle, sei einer der Irrthümer, wie sie in letzter Zeit so häufig hervorgetreten seien. Der Reichskanzler habe neulich die Idee der großen liberalen Partei als Seifenblase erkannt und doch stiegen jetzt wieder solche Seifenblasen auf. Auf den Theil der Resolution, welcher von der vielangefochtenen Beschwerdepflicht handle, lege auch er kein Gewicht. Uebrigens sei auch die bayerische Militärstrafprozeßordnung reformbedürftig. Daß die Sozialdemokraten der Resolution Buhl zustimmten, beweise doch nichts gegen die Resolution. Der Reichskanzler habe es auch nicht ungern gesehen, daß die Sozialdemokraten für die Handelsverträge stimmten.

Abg. v. Koscielski (Pole): Am meisten zu leiden hätten bisher die polnischen Rekruten gehabt, aber er gehe darauf nicht weiter ein, da er nach dem neuerlichen Entgegenkommen, das die Polen gefunden, auch darin, wie er zuversichtlich hoffe, eine Aenderung eintreten werde. Er stimme mit seinen Freunden der Resolution der Kommission zu.

Abg. v. Bar (dfrs.) tritt entschieden für die Oeffentlichkeit des Militärstrafverfahrens ein. Das öffentliche Verfahren sei nicht nur in kleineren Staaten, wie Schweden, Belgien, Portugal 2c sondern auch in großen Militärstaaten, wie Frankreich und Rußland eingeführt. Der Rekrut trete mit viel größerem Vertrauen seinen Vorgesetzten gegenüber, wenn er wisse, daß ihm das Beschwerderecht gesichert sei. Das deutsche Volk werde darüber entscheiden, welche Resolution ernster gemeint sei, die der Kommission oder die der Abgg. Buhl-Richter.

Abg. Hahn (kons.) tritt dem Vorredner in dessen Schlußwort bei; das deutsche Volk werde namentlich aus Punkt 3 der Resolution der Kommission (Pflege religiösen Sinnes) ersehen, wer tiefer in die Ursachen der traurigen Vorkommnisse einzudringen versuche, welche in dem Erlasse des Prinzen Georg von Sachsen aufgeführt sind. Neben der Beseitigung jener tiefer liegenden Ursache mache die Kommission aber auch praktische Vorschläge mehr äußerlicher Natur. Punkt 3 sei nicht aufgenommen, weil man nicht das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen hätte, daß sie den Einfluß der Religion unterschätzten, sondern gerade, um sie in dem Bestreben zu stärken, dem religiösen Moment wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Redner weist dann die Angriffe der Linken auf den Unteroffizierstand zurück. Diese Angriffe stünden zudem im Widerspruch mit der Anerkennung, die den Unteroffizieren von der Linken zu Theil wurde, als diese die Unteroffizierprämien verhindern wollte.

Abg. Dr. Schädler (Ztr.) begründet den mehrerwähnten, von ihm mitunterzeichneten Antrag des Freiherrn v. Gagern: „Zum Zweck sichernder Fürsorge für eine angemessene Behandlung der Soldaten die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1) die Militärstrafprozeßordnung baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Oeffentlichkeit des Verfahrens zu unterwerfen, unbeschadet der in Bayern bereits bestehenden Regelung; 2) und 3) wie im Kommissionsantrag. Wenn man sich mit der Militärstrafprozeßordnung hier zu beschäftigen haben werde, so würden er und seine Freunde ihren prinzipiellen Standpunkt zur Geltung bringen. Zunächst handle es sich für ihn darum, daß Bayern nicht schlechter wegkomme und das Gute behalte, was es habe. Dasselbe Anderen aufzuzwingen, die es nicht haben wollten, liege kein Grund vor. Dem 3. Punkte der Kommissionsresolution stimme er aus vollem Herzen zu. Es handle sich hier um das Fundament des Heeres. (Beifall.)

Schluß der Berathung wird beschlossen.

Abg. Bebel (Soz.) stellt fest, daß die Mehrheit durch den Schluß der Berathung ihm das Wort abgeschnitten habe; aber es werde ihr nichts geschenkt sein.

Abg. Haußmann (Vksp.) bemerkt persönlich, daß die Württemberger ihre Beschwerden über militärische Dinge nicht im württembergischen Landtage, sondern hier einbringen müßten, da hier der württembergische Militäretat berathen werde.

Der Antrag v. Gagern (clausula bajuvaria) wird mit 140 gegen 103, das Richter'sche Amendement zum Kommissionsantrag, betr. das Duellunwesen, gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten und der die Beschwerdeschrift betreffende Theil des Antrags Buhl-Richter mit 122 gegen 120 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die Konservativen und Zentrum.

Angenommen wird dagegen mit 143 gegen 100 Stimmen der übrige Theil der Resolution Buhl-Richter: Im Interesse der größeren Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten erscheint es dringend erforderlich, bei der in Aussicht genommenen Reform der Militärstrafprozeßordnung die Grundsätze der Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte, sowie die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt haben, zur Geltung zu bringen. Dafür stimmen die Linke, die Nationalliberalen und die bayerischen Zentrumsmitglieder.

Angenommen wird ferner Punkt 2 des Kommissionsantrags (Erleichterung des Beschwerderechts), abgelehnt dagegen Punkt 3 (Pflege des religiösen Sinnes). Gegen Punkt 3 stimmen auch einige Mitglieder der Reichspartei.

Das Kapitel Militär-Justizwesen wird darauf genehmigt.

Weiterberathung des Militäretats morgen.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe,** 18. Febr. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß der Kaiser den entschiedenen Willen hat, das Volksschulgesetz im Einverständniß mit den Freikonservativen und Nationalliberalen zu Stande zu bringen. In der Kommission haben die Konservativen bisher allerdings keinerlei Neigung bekundet, vom Zentrum abzurücken. Dennoch werden sich zahlreiche konservative Abgeordnete überzeugt haben, daß sie im Sinne ihrer Wähler handeln, wenn sie dazu mitwirken, das Ministerium von der Sandbank abzubringen, auf der es mit seiner klerikal-konservativen Politik festgefahren ist. Um so auffälliger ist es, daß der Ministerpräsident Graf Caprivi sich noch immer für den verunglückten Entwurf in die Bresche stellt. Die Herren, die mit der Vorlage stehen und fallen, suchen nur offenbar den Schrecken vor der „großen liberalen Partei" für ihre Zwecke auszunutzen und tischen deßhalb immer wieder das längst abgethane Verschwörungsmärchen auf. Wer behauptet, die Nationalliberalen hätten sich nach einer Versöhnung mit den Deutschfreisinnigen gesehnt und die Schulvorlage als willkommenen Vorwand zu der Nützlichkeit betrachtet, der stellt, wie die Köln. Ztg. richtig bemerkt, den Thatbestand doch einfach auf den Kopf. Wer diese Vorlage kannte und darnach ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht voraus ersehen vermochte, der besitzt keinen staatsmännischen Blick und keine Fühlung mit den großen Strömungen unseres nationalen Empfindens. Die Annäherung der liberalen Parteien, das Erstarken des liberalen Gedankens, die Wiederbelebung der freien individualistischen Weltanschauung war der naturgemäße Rückschlag gegen die Kapitulation vor dem Ultramontanismus, gegen den Versuch, den Kampf einer weichenden und einer aufsteigenden Denkweise durch äußere staatliche Machtmittel in Widerspruch mit den nationalen und staatlichen Interessen zu entscheiden. Die Nationalzeitung bemerkt mit Recht: Allem Anscheine nach wollte Graf Caprivi wiederum nach irgend einer Seite hin mit dem Phantasiebilde von der „großen liberalen Partei wirken", mit wenig Grund wie jüngst im Abgeordnetenhause. Aber Angesichts dieser wiederholten Bemühungen des Reichskanzlers möchten wir doch bemerken, daß es eigentlich ein höchst bedenkliches Zeugniß für seine Politik ist, wenn diese eine wesentliche Annäherung der beiden liberalen Parteien — an eine Vereinigung derselben braucht dabei gar nicht gedacht zu werden — in der Opposition gegen den Grafen Caprivi bewirkte. Die Deutschfreisinnigen waren die erbittertsten Gegner des Fürsten Bismarck; die Nationalliberalen haben ihn ungeachtet mancher Meinungsver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schiedenheiten am beharrlichsten von allen Parteien unterstützt. Man muß sagen, es wäre in der That eine „Leistung" ungewöhnlicher Art, wenn es dem Grafen Caprivi gelänge, die politischen Todfeinde seines Vorgängers und dessen entschiedenste Anhänger gegen seine, des Nachfolgers, Politik in der Opposition zu vereinigen. Die Leistung wäre um so bemerkenswerther, da jene beiden Parteien eine Zeit lang sehr geneigt waren, die Caprivi'sche Regierung zu unterstützen, wenngleich zum Theil aus verschiedenartigen Beweggründen. Wenn dem jetzigen Kanzler unter solchen Umständen gelingt und wenn er offenbar bestrebt ist, die beiden liberalen Gruppen in einer Oppositionsstellung zu einigen, dann muß er Gründe stärkster Art hierzu haben. Es ist klar, worin sie liegen: es soll 1892 konservativ-klerikale Politik getrieben werden, nachdem man 1890/91 einen Anlauf zu liberaler Reformpolitik genommen hatte; solche Unbeständigkeit, eine derartige Schwenkung bedarf der Rechtfertigung, und sie soll dem Anschein nach durch die wiederholten Andeutungen, daß die Nationalliberalen eine große liberale Oppositionspartei erstreben, geliefert werden. Man will zu der Politik gezwungen scheinen, nach welcher der Zug des Herzens geht.

* Karlsruhe, 18. Febr. Im Hamburgischen Korrespondenten wird die innerpolitische Lage in Preußen sehr treffend besprochen und dabei bemerkt, für die zweite Lesung der Schulvorlage im Plenum des Abgeordnetenhauses stehe eine „verstärkte Wiederholung der Vorgänge bei der ersten Lesung in um so sicherer Aussicht, als sich Graf Caprivi stärker denn je für verpflichtet erachtet, sein ganzes persönliches Gewicht für die Vorlage in die Waagschale zu werfen, unbekümmert um die Wirkung, die eine solche Haltung auf die allgemein politische Lage üben dürfte. Ihn beherrscht der mehr militärische und, menschlich betrachtet, hochachtbare Gesichtspunkt, den stark angefaßten Kollegen mit seiner ganzen Person zu decken, in dem Maße, daß selbst die lebhaften und eindringlichen Vorstellungen süddeutscher Regierungen gegen das Vorgehen der preußischen Regierung ohne Eindruck auf ihn bleiben."

♂ **Berlin**, 17. Febr. In Weimar wird am 8. Oktober die goldene Hochzeit des großh. Paares, der das Land mit besonderer Bewegung entgegensieht, begangen werden. Am genannten Tage findet in der Schloßkapelle die kirchliche Einsegnung des Jubelpaares statt, das am andern Tage einem Dankgottesdienste in der Stadtkirche beiwohnt. Seitens des Landes wird den großh. Herrschaften ein Fond dargebracht werden, der, aus Sammlungen aus allen Kreisen der Bevölkerung hervorgegangen, für Zwecke der Gemeinde-Krankenpflege bestimmt ist. Ferner wird, ebenfalls aus dem Ertrage einer Sammlung, eine goldene Medaille zur Erinnerung an diesen Tag dem hohen Paare überreicht werden. — Die Reichstagskommission für das Telegraphenwesen im deutschen Reiche hat ihre Berathungen beendet und wurde das Gesetz im Ganzen gegen 6 Stimmen angenommen.

Berlin, 17. Febr. Der Berliner Zweigverein des evangelischen Bundes hatte gestern Abend im großen Saale der Viktoria-Brauerei eine Volksversammlung einberufen, um Protest gegen die Verfolgung der Evangelischen in den Ostseeprovinzen zu erheben. Das Referat hielt Obergerichtsrath Max v. Oettingen, welcher früher dem lutherischen Konsistorium zu Riga als Mitglied angehört hatte. In einer Resolution wurde den verfolgten evangelischen Glaubensbrüdern in den baltischen Provinzen die herzlichste Theilnahme ausgesprochen und der Vorstand des Berliner Zweigvereins des evangelischen Bundes ersucht, bei den kirchlichen Behörden dahin zu wirken, daß in dem sonntäglichen Kirchengebet der verfolgten baltischen Brüder besondere Erwähnung gethan werde. — Dr. phil. Küster wird, bevor er sich nach der Station Bismarckburg begibt, den interimistischen kaiserlichen Kommissär für Togo begleiten, welcher in Gemeinschaft mit einem englischen Kommissär die Grenze zwischen dem Togogebiet und der Goldküstenkolonie näher zu bestimmen beauftragt ist. Der bisherige Leiter der Station Bismarckburg, Dr. Büttner, hat am 3. Januar Togo verlassen und gedenkt in einigen Monaten in Deutschland einzutreffen. — Der kaiserliche Vizekonsul v. Schelling ist zur Beschäftigung in die Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes einberufen worden.

Berlin, 17. Febr. Es steht außer Zweifel, daß die preußische Regierung zur Zeit mit dem Herzog von Cumberland Unterhandlungen führt. Ob es sich dabei auch um die Thronfolge in Braunschweig handelt, ist fraglich; die Nationalzeitung bemerkt zu den betreffenden Nachrichten: „Es würde ja zu dem „Kours", welcher gegenwärtig verfolgt wird, passen, wenn das politische Testament des Herrn Windthorst auch in Bezug auf die welfische Familie ausgeführt und diese vor den Thoren der Provinz Hannover zur Regierung eines deutschen Landes zugelassen würde. Indeß hat die Phantasie an den Mittheilungen wohl den größten Antheil. So viel bekannt, hat der Herzog von Cumberland seinem Vater auf Ehrenwort versprochen, niemals einen Verzicht auf Hannover zu leisten. Daß aber ohne einen solchen ein „Ausgleich" betreffs des Welfenfonds erfolgen sollte, der für den Herzog doch nur in der Aufhebung der Beschlagnahme bestehen kann, oder gar die Zulassung zur Regierung in Braunschweig, das ist kaum zu glauben."

Berlin, 17. Febr. Im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses der Antisklavereilotterie war im Januar Herr Bergrath Busse nach Kairo gesandt, um mit Herrn Major v. Wißmann über die Modalitäten des Dampfertransportes sich zu besprechen. Er wurde aber bereits in Palanza, in Oberitalien, krank und konnte seinen Auftrag nicht erfüllen. An seiner Stelle ist der Geheime Kommerzienrath E. Langen nach Kairo unterwegs, wohin der Major gegen Ende dieses Monats zurückkehren dürfte.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Die hiesigen Stadtverordneten nahmen einstimmig die Bittschrift der städtischen Behörden gegen das Volksschulgesetz an.

Stuttgart, 17. Febr. Bezirkshauptmann Kreuzler von der deutschen Schutztruppe in Ostafrika ist nach einer hierher gelangten Nachricht vorgestern in Bagamoyo dem Malariafieber erlegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Febr. Das Armeeblatt veröffentlicht den angeblichen Wortlaut eines Erlasses des Reichskriegsministeriums an sämmtliche Militär-Territorial-Kommandanten, in welchem der hohe Einfluß hervorgehoben wird, welchen die Belebung des religiösen Gefühls auf die sittliche Haltung der Soldaten ausübt. Zugleich werden die Bestimmungen des Reglements in Erinnerung gebracht, wonach die Mannschaft mindestens allmonatlich einmal zur Kirche zu führen ist.

Semlin, 17. Febr. Exkönig Milan ließ, wie die Frkft. Z. sensationell zu melden weiß, durch die russische Botschaft in Paris seine Aufnahme in den russischen Unterthanenverband ansuchen. In Kreisen, welche dem früheren Herrscher der Serben nahestehen, wird versichert, daß der Exkönig Seitens Rußlands eine Dotation erhalte, wobei er die Verpflichtung übernahm, einen Theil des Jahres sich in Rußland aufzuhalten. Mit dem Wiener Hof hat Milan sämmtliche Beziehungen abgebrochen.

Baden.

√ **Nußloch**, 17. Febr. Ein seit mehreren Jahren aus der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßener, der lieblos seinem Schicksale preisgegeben und seitdem von Niemand eines Blickes gewürdigt wurde, ist heute Morgen von einigen Männern aus seiner Lethargie und trostlosen Zustande befreit und unter dem Jubel der zur Schule gehenden Jugend empfangen und begrüßt worden. Sogleich ging es mit ihm 4spännig unter Bedeckung einer mit Schaufeln ausgerüsteten, handfesten Mannschaft durch die Ortsstraßen zum Dorfe hinaus. Alt und Jung betrachteten neugierig den Wiedergefundenen und begrüßten mit gemischten Gefühlen den zur neuen Arbeit bestimmten und jetzt bahnbrechenden — Nußlocher Bahnschlitten!

‡ **Mosbach**, 17. Febr. Die heute im Grohsaale tagende freie Lehrerkonferenz war trotz des in unserer Gegend über einen halben Meter hochliegenden Schnees von etwa 50 Lehrern besucht. Es wurde in eingehender Weise der neue badische Schulgesetzentwurf besprochen und die Wünsche der Lehrer über einige wesentliche Punkte zum Ausdruck gebracht. Dankend wurde anerkannt, daß sich für die jüngere Generation in der Lehrerwelt Betreffs ihrer Gehaltsverhältnisse eine schönere, sorgenfreiere Zukunft gestaltet, mit Bedauern aber festgestellt, daß die älteren Lehrer, welche Jahre lang unter dem Druck der Verhältnisse zu seufzen und den Kampf um's Dasein zu bestehen hatten, wenig von einer Aufbesserung verspüren werden. Eine gerechte Ausgleichung der in Aussicht genommenen Aufbesserung könnte nur geschaffen werden, wenn die harten Uebergangsbestimmungen gestrichen und infolge davon die Lehrer, wie sie wünschten und hofften, streng nach dem Dienstalter bezahlt würden. Daß nach diesem Wunsche die Dienstjahre nicht von der ersten endgiltigen Anstellung als Hauptlehrer, sondern von der ersten Verwendung als Lehrer, bezw. nach zurückgelegtem 22. Lebensjahr, wie im Beamtengesetz, zu zählen seien, wird als selbstverständlich angesehen. Hoffen wir, daß unsere Volksvertreter billigen Wünschen Rechnung tragen und den Lehrerstand zufrieden stellen. Nach diesen Besprechungen wurde auch die in jüngster Zeit mehrfach inserirte Brdschüre: „Die demokratische Zukunftsschule" von Pfarrer Wagner in Lehrbach zur Sprache gebracht. Wegen ihrer veralteten, schon vielfach ausgesprochenen Gedanken, die wenig Einfluß auf die allgemeine Anschauung der bewährten gemischten Schule ausüben dürfte, ging die Versammlung zur Tagesordnung über.

* **Kehl**, 17. Febr. Ueber die Kreditbank wird noch Verschiedenes bekannt. Die Mitglieder des Aufsichtsrathes sind durchweg kleinere Leute. Der Direktor Durain richtete seit langen Jahren sein Bestreben darauf, sich mit einem Verwaltungsrath zu umgeben, der seine verderblichen Machinationen nicht zu durchkreuzen vermochte. Ueberdies waren die Bücher in einer Weise angelegt und geführt, daß schon außerordentliche Kenntniß dazu gehörte, um Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen. Ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Mitglieder würde den Ruin einer Reihe braver Familien zur Folge haben. (K. W.)

* **Aus Baden**, 16. Febr. Bei der Bürgermeisterwahl im Dorf Kehl wurde der Sohn des seitherigen Ortsvorstandes, Rentner Kübler jung, einstimmig gewählt. Der Vater war Alters wegen freiwillig zurückgetreten. — In Mannheim begegnet der Antrag des Stadtrathes, das Volksschulgeld aufzuheben, in der dortigen Bürgerschaft ungetheilte Sympathie. — In Hausach wurde die Wittwe des Hofbauer Georg Schoch verhaftet. Es soll sich um Testamentsfälschung handeln.

Verschiedenes.

* **Metz**, 17. Febr. In Folge starken Schneefalles haben sämmtliche Züge mehrstündige Verspätungen erfahren.

Volkswirthschaft.

(Landwirthschaftliche Besprechungen und Versammlungen.) Wolfach. Sonntag, 21. d. M., Nachm. 2½ Uhr, im Gasthaus z. Krone in Wolfach landw. Besprechung über Beerenobstkultur und Beerweinbereitung, bei welcher Herr Geh. Hofrath Dr. Metzler von Karlsruhe den einleitenden Vortrag übernommen hat. — Gernsbach. Sonntag, den 21. d. M. Nachm. 2½ Uhr, im Gasthaus zur Blume in Obertsroth Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Rechnungsablage für 1891; 2) Aufstellung des Geschäftsplanes für 1892; 3) Besprechung über Sortenauswahl beim Kartoffelbau und Bezug von Saatkartoffeln, eingeleitet durch den Vereinsvorstand, Herrn Schloßverwalter Würtenberger. — Eppingen. Sonntag, den 21. d. M., Nachm. 2½ Uhr, im Rathhause in Ittlingen landw. Besprechung. Tagesordnung: 1) Vortrag des Herrn Landwirthschaftslehrers Vincenz über Viehversicherung; 2) Mittheilungen über die neue Organisation des landw. Vereins. — Ettlingen. Sonntag, den 21. d. M., Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zum Adler in Malsch landw. Besprechung über die richtige Verwendung von Kunstdünger. Sonntag, den 28. d. M., Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zum Grünen Baum in Bruchhausen Besprechung über Viehversicherung. Die einleitenden Vorträge hat in beiden Fällen Herr Kreiswanderlehrer Huber von Durlach übernommen. — Säckingen. Dienstag, den 23. d. M., Abends 7½ Uhr, im Gasthaus zum Löwen in Obersäckingen Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1) Wahl von 5 Direktionsmitgliedern; 2) Vorlage der Rechnung und des Rechenschaftsberichts für 1891; 3) Aufstellung des Voranschlags für 1892; 4) Allgemeine landw. Besprechung, eingeleitet durch einen Vortrag des Vorstandes der großh. Obstbauschule, Herrn Landwirthschaftsinspektor Bach aus Karlsruhe, über Obstbau; 5) Anträge und Wünsche von Mitgliedern.

Handelsnachrichten.

* Karlsruhe, 16. Febr. Von heute an kosten 450 Gramm Halbweißbrod 20 Pf., 900 Gr. 40 Pf., 700 Gr. Schwarzbrod 1. Sorte 23 Pf., 2. Sorte 20 Pf., 1400 Gr. Schwarzbrod 1. S. 46 Pf., 2. S. 40 Pf. 450 Gr. Kornbrod 17 Pf., 700 Gr. 23 Pf., 900 Gr. 34 Pf., 1400 Gr. 46 Pf. — ½ Kilo Ochsenfleisch 64—72 Pf., Rindfleisch 64—68 Pf., Schweinefleisch 64—68 Pf., Kalbfleisch 64—68 Pf., Hammelfleisch 60—70 Pf.

* **New-York**, 17. Febr. **Baumwolle in New-York** 7 5/16, **ditto in New-Orleans** 6⅝, **Baumwolle für** Mai 7.07, **für** Juni 7.17, **Baumwollezufuhr vom Tage** 14,000, **Ausfuhr nach Großbritannien** 2000, **Ausfuhr nach dem Festlande** —.

Drahtberichte.

* **Berlin**, 18. Febr. (Reichstag.) Bei Fortsetzung der Berathung des Militäretats beantragt Abg. Richter die Streichung von 795,345 M. als Mehrforderung für die Geldverpflegung.

Major Gaede vertheidigt die Regierungsforderung als Minimum dessen, was die Heeresverwaltung bedürfe.

Der Antrag Richter wird abgelehnt.

Der Antrag der Budgetkommission, wonach nur 55,377 M. abgesetzt werden, wird angenommen.

Sodann folgt eine längere Debatte über die Betheiligung der Militärhandwerker und die Heranziehung der Strafanstalten zu den Bedürfnissen der Militärverwaltung.

* **Wien**, 18. Febr. Die amtliche Wiener Zeitung meldet die Einberufung der Landtage auf den 3. März.

* **Paris**, 18. Febr. Nach Meldungen aus Pernambuco brachen in Ceara Unruhen aus. Die Bevölkerung verjagte den Gouverneur der Provinz.

* **Lyon**, 17. Febr. Die Union der Volksvereine fordert alle Arbeiter Frankreichs auf, sich am 6. März zu den Vertretern der öffentlichen Gewalten zu begeben und die sofortige Aufhebung der Nahrungsmittelzölle zu verlangen.

* **Rom**, 18. Febr. 100 Vertreter der Arbeitervereinigungen nahmen gestern eine Tagesordnung an, die Vertreter sämmtlicher Arbeitervereinigungen aufzufordern, in den Werkstätten und in den Bauplätzen Propaganda zu machen, um am 19. Febr. einen allgemeinen Ausstand zu beginnen, sowie dafür zu sorgen, daß die Werkstätten und Magazine so lange geschlossen bleiben, bis die Regierung wirksame Maßregeln für die Arbeiter in Rom getroffen habe.

* **London**, 18. Febr. Auf einem Landgute bei Heath Haywards (Sussex) sind 51 Kühe und 42 Schafe von der Maul- und Klauenseuche befallen.

* **Lissabon**, 18. Febr. Zwischen der Polizei und Arbeitern der Marinezeughäuser, welche eine Lohnerhöhung forderten, fand ein Zusammenstoß statt. Elf Arbeiter sind verhaftet.

* **Lissabon**, 18. Febr. Die Kammer nahm endgiltig die Finanzvorschläge der Regierung an, betreffend die Erhöhung der Steuern. Die Verständigung mit den ausländischen Gläubigern und die Berathung in der Pairskammer findet Montag statt.

* **Bukarest**, 18. Febr. Bei den Senatswahlen wurden unter 60 Gewählten 42 Konservative und 9 Oppositionelle gewählt. 9 Stichwahlen sind erforderlich.

* **Frankfurt a. M.**, 18. Febr. (Anfangskurse. 12.50.) Kreditaktien 263⅞, Staatsbahn 250½, Lombarden 77¼, Galizier —.—, Aegypter 95.60, Ungarn 92.60, Diskonto-Kommandit 180.90, Gotthardaktien 136.90, Laurahütte —.—, Gelsenkirchen —.—, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 18. Febr. (2 U. 10 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.57, ditto auf London 20.41, ditto auf Paris 81.97, ditto auf Wien 172.30, Priv.-Disk. 2—, Napoleons 16.20, Kreditaktien 263⅝, Disk.-Komm. 181.—, Schweiz. Nordost 105.50, 60r Loose 124.80, Mittelmeer 93.20, Türken 18.20, 4½prozent. Portugiesen 40.20, bad. Zuckerfabrik 58.—. Ziemlich fest.

* **Frankfurt a. M.**, 18. Febr. (3 U. — M.) 3proz. Reichsanleihe 83.95, 4proz. Reichsanleihe 106.50, 4proz. preuß. Konsols 106.50, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.30, ditto in Mark 104.75, österr. Goldrente 95.60, österr. Silberrente 81.20, 4proz. ungar. Goldrente 92.70, 1880er Russen 92.30, 2. Orientanleihe 63.50, Italiener 89.20, Aegypter 95.60, Spanier 62.—, Zolltürken 86.10, Serben 76.20 flau, Elbthal 198¼, hess. Ludwigsb. 112.60, Basler Bankverein 123.90, Handelsgesellschaft 131.20, Darmstädter Bank 124.40, Deutsche Bank 156.60, Dresdener 132.90, Länderbank 174.40. — Nachbörse. Kreditaktien 263⅜, Disk.-Komm. 180.90, Staatsbahn 249¾, Lombarden 76 1/4, Westeregeln —.—. Still.

* **Frankfurt a. M.**, 18. Febr. (5 U. 40 M.) Kreditaktien 263¼, Staatsbahn 249½, Lombarden 77⅛, Disk.-Komm. 180.80, Aegypter 95.60, Ungarn —, Gelsenk. 134.80 Italiener —.—. Gotthard —.—. Still. —

* **Berlin**, 18. Febr. (12 Uhr 20 Min.) Kreditaktien 169.70, Franzosen 125.50, Lombarden 42.50, Diskonto-K. 181.90, Bochumer 111.80, Dortmunder 57.—, Gelsenkirchen 38.50, Laurahütte 105.—, Italiener 89.90, Ungarn 92.50, 3pCt. Reichsanleihe 84.—, Russ. Noten 200.50. Ziemlich fest.

* **Berlin**, 18. Febr. (3 U. — M.) Kreditaktien 169.70, Staatsbahn 125.—. Lombarden 42.—, Diskonto-Kommandit 184.90, Marienburger 58.50. Dortmunder 57.10, Laurahütte 105.40, russ. Noten 201.—, neue 3proz. Anleihe von 1892 83.70.

* **Berlin**, 18. Febr. (Börse. 3 U. — M.) Bei schwachen Umsätzen und bei Behauptung von Banken waren Montanwerthe, Bahnen und serbische Renten stark umgesetzt, jedoch bei reduzirten Preisen. Oesterr. Bahnen und russische Noten fest.

* **Berlin**, 18. Febr. (Schlußkurse. 5.50.) Disk.-Komm. 184.70, Dortmunder 56.80, Bochumer 111.20, Baseler —.

* **Wien**, 18. Febr. (Vorbörse. 10 U. 36 M.) Kreditaktien 307.75, Marknoten 58.05. 4% Ungarn 107.65, Staatsbahn 286.12, Lomb. 88.12, Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 19. Febr. (3 Uhr — M.) 3proz. Rente 95.92, Spanier 61⅞, Aegypter —.—, Banque Ottomane 536.—, Türken 18.60, Ungarn —.

* **Paris**, 18. Febr. (5 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 95.87, 3pr. Portugiesen 27⅝, Spanier 61½, Türken 18.97, Banque ottom. 533, Ungarn —.—, Rio Tinto 418.—, Banque de Paris 612.

Städtisches.

* **Karlsruhe**, 18. Febr. Die heutige Fremdenliste der hiesigen Gasthöfe führt als neu angekommen 279 Fremde auf.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 32. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Freitag, den 19. Febr., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte der Budgetkommission a. über den Gesetzesentwurf, die Forterhebung der Steuern in den Monaten März und April 1892 betreffend. Berichterstatter: Abg. Friderich; b. über den Nachtrag zu Tit. 9 des Budgets großh. Finanzministeriums für 1892/93 (Allgemeine Kassenverwaltung). Berichterstatter: Abg. Weber; c. Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget großh. Finanzministeriums für 1892/93, Titel 6 und 7 der Ausgabe und Tit. 3 u. 4 der Einnahme. Berichterstatter: Abg. Hug.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung	Wind. Stärke	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
18	8	Mullaghm.	745	O	mäßig	heiter	— 1
	8	Aberdeen	744	NW	schwach	wolkig	— 4
	8	Christiansf.					
	8	Kopenhag.	741	WSW	schwach	Dunst	— 2
	8	Stockholm	743	NNO	leicht	Schnee	—16
	8	Haparanda	742	W	leicht	bedeckt	—18
	8	Petersburg	752	SSO	leicht	wolkenlos	—19
	8	Moskau	760	NO	leis. Zug	bedeckt	—25
	8	Cork	743	NNO	leis. Zug	wolkig	1
	8	Cherbourg	743	NW	mäßig	halb bed.	2
	8	Helder	737	SSO	leicht	Schnee	— 4
	8	Sylt	739	SW	stark	Schnee	— 4
	8	Hamburg	743	SSW	schwach	heiter	— 7
	8	Swinemde.	745	SSW	leicht	heiter	—11
	8	Neufahrwf	746	SW	leis. Zug	wolkenlos	—19
	8	Memel	746	SO	schwach	wolkenlos	—15
	8	Paris	742	SSW	mäßig	Schnee	— 2
	8	Münster	742	SSO	frisch	bedeckt	— 7
	8	Karlsruhe	748	NO	leis. Zug	wolkig	—14
	8	Wiesbaden	747	N	leis. Zug	bedeckt	—13
	8	München	748	SSW	frisch	wolkenlos	—10
	8	Chemnitz	748	SW	schwach	heiter	—12
	8	Berlin	746	SW	schwach	halb bed.	— 9
	8	Wien	748	NW	leicht	bedeckt	— 6
	8	Breslau	746	NW	leis. Zug	Schnee	— 9
	8	Ile d'Aix	748	W	stark	bedeckt	7
	8	Nizza					
	8	Triest	743		still	bedeckt	5

(Uebersicht der Witterung.) Der Luftdruck ist andauernd ein sehr niedriger. Die Depression, welche gestern Morgen über Süddeutschland gelegen war, ist ostwärts nach Galizien abgezogen, jene über Südschweden hat sich südwestwärts nach der südlichen Nordsee verlegt. In fast ganz Deutschland hat es in der Nacht und am Morgen vorübergehend aufgeklärt und dementsprechend hat der Frost stark zugenommen. Da das Ortsbarometer, welches bis heute Nacht stark gestiegen war, inzwischen wieder ebenso schnell gefallen ist, so scheint die nördliche Depression südwärts an Einfluß zu gewinnen; darauf deutet auch der erneuerte Schneefall und der Eintritt stürmischer Südwestwinde hin. Eine wesentliche Besserung der Witterung wäre demnach nicht zu erwarten, wenn nicht etwa rasche, vorher nicht erkennbare Aenderungen in der Luftdruckvertheilung eintreten.

Bad. Maxau, 18. Febr. Wasserstand des Rheins 4 M. 24 C., gef. 10 C.

Geboren.

Karlsruhe, 16. Febr. Max Karl, V. Wend. Eisert, Sergeant; Ludwig Robert, V. Ludw. Klar, Maler; Franziska Anna, V. Ludw. Elsenhans, Maschinentechniker. — 17. Febr. Karl, V. Aug. Moser, Schutzmann; Julius Arthur, V. Karl Hörning, Schlosser; Hedwig, V. Christof Mächtel, Chirurg.

Eheaufgebote.

Karlsruhe, 17. Febr. Forschner, Emil, von Kork, Korrespondent hier, m. Anna Schubert von hier; Born, Friedrich, von Gädebahn, Schmied hier, m. Katharina Störner von Tallau. — 18. Febr. Schneider, Friedr., von Eberbach, Oberförster in Landstuhl, m. Luise Wipfler von hier.

Gestorben.

Karlsruhe, 16. Febr. Kreuß, Jakob, Heizer, 56 J.

(Hamburger Staats-Pr.-Anl. vom Jahre 1846.) Im Jahre 1891 sind folgende Staatsschuld-Dokumente gerichtlich verrichtet worden: S. 758 Nr. 37892, S. 900 Nr. 44956 je 100 M.-Bco. Zur gerichtlichen Mortifikation sind angemeldet: Staats-Prämien-Anleihe von 1846. S. 164 Nr. 8170, S. 190 Nr. 9462, S. 206 Nr. 10272, S. 495 Nr. 24737, S. 625 Nr. 31203, S. 636 Nr. 31760, S. 772 Nr. 38593, S. 967 Nr. 48377, S. 1137 Nr. 56812, S. 1362 Nr. 68085, S. 1462 Nr. 75064, S. 1616 Nr. 80762, Serie 1630 Nr. 81463, S. 1913 Nr. 95603, S. 1914 Nr. 95660 je 100 M.-Bco. — 3% Prämien-Anleihe von 1866. S. 2715 Nr. 14, S. 2824 Nr. 17, Serie 3687 Nr. 4 je 50 Thlr. nebst dazu gehörigen Kupons und Talons, ferner S. 112 Nr. 10, S. 3298 Nr. 21, Serie 3980 Nr. 2 je 50 Thlr. Nom. Talons und Kupons zu: S. 3729 Nr. 21/22, S. 3884 Nr. 7 — 3½% Staatsrente. Nr. 19326 2000 M. Nr. 41801 1000 M. Nr. 12117, 28569, 44847, 61189/91, 61200 je 500 M.

(Ohne Gew.)

Seidene Grenadines, Crêpe de Chine, Seidengaze schwarz und farbig (auch alle Lichtfarben) M. 1.35 p. Mt. bis M. 14.30 (in 22 versch. Qual.) versendet robenweise porto- und zollfrei das Fabrik-Depot G. Henneberg (K. und K. Hoflief.) Zürich. Muster umgehend. Doppeltes Briefporto nach der Schweiz. 4645.3.1

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.